

prozesses als auch zur Sicherung von politischen Gestaltungsspielräumen. Wie z. B. bei der Schließung unseres Polizeireviere.

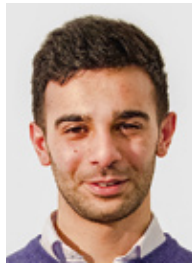
Umwandlung der Beiräte in echte Parlamente

Die Stadtteilbeiräte müssen endlich zu Orten tatsächlicher Bürgerbeteiligung werden. Hierzu gehören weitergehende Entscheidungsbefugnisse und eine höhere Budgetverantwortung der Beiräte unter Mitbestimmungsverfahren der Bürgerinnen und Bürger. Perspektivisch ist die Schaffung von Bezirksparlamenten mit erweiterten kommunalpolitischen Entscheidungskompetenzen zu prüfen.

Stadtteil-Jugendparlamente

Damit Jugendliche mehr zu sagen haben und wirklich Einfluss auf Bereiche nehmen können, die sie selbst betreffen, müssen der finanzielle wie auch politische Verantwortungsbereich von Jugendbeiräten ausgebaut und Jugendbeiräte in allen Beiratsgebieten gegründet werden.

Wir freuen uns, wenn Sie uns am 10. Mai Ihre Stimmen geben.



Mazlum Koç, geboren 28. Juli 1989 in der Türkei/Istanbul und kurdischer Abstammung. Seit 1998 lebe ich in Bremen und habe seit 2009 ein Studium an der Hochschule Bremen »Internationaler Studiengang Politikmanagement« aufgenommen.

Politischer Schwerpunkt:

Bildungspolitik, Integrations- und Sozialpolitik.

Hans-Ulrich Schmieder,

geboren 1955, Rentner, Systemischer Familientherapeut, politische Schwerpunkte: Umwelt- und Planungspolitik (gleichberechtigtes und gesundes Leben- und Arbeiten im Stadtteil), Verkehrspolitik und Infrastrukturpolitik, Generationsverantwortung in Freizeit-, Alten- und Integrationspolitik.



Für Woltmershausen: Sozial, das muss drin sein!

DIE LINKE.

DIE LINKE. Bremen
Faulenstraße 75, 28195 Bremen
Telefon: 04 21/32 06 66
Fax: 04 21/32 06 67
beiratwoltmershausen@dielinke-bremen.de
www.dielinke-bremen-linksderweser.de

Wir stehen für ein soziales, sicheres und ökologisches Woltmershausen

Woltmershausen und Rablinghausen sind lebenswerte Stadtteile mit liebenswerter Vielfalt.

Wir wollen uns weiterhin für eine soziale und ökologische Stadtteilentwicklung einsetzen. Unser Bestreben ist es, dass sich alle sozialen und kulturellen Gruppierungen in unserem Stadtteil wohlfühlen, dass unter anderem dem Mittelstand der Rücken gestärkt wird, der Jugend eine Perspektive angeboten wird, alle Kinder einen Kita-Platz haben und den Älteren ihr wohlverdienter Ruhestand gewährleistet wird.

DIE LINKE will mehr Bürgerbeteiligung, mehr Verkehrssicherheit, bezahlbaren Wohn- und Lebensraum und ein vielfältiges Angebot für Kinder und Jugendliche.

Soziales, Kinder und Jugend

Wohnraum in Woltmershausen muss bezahlbar bleiben. Daher fordern wir eine verbindliche Quote für die Schaffung von Sozialwohnungen bei allen Neubauprojekten und in den Sanierungsgebieten. Wir wollen, dass alle Seniorenwohnheimplätze für Menschen mit geringer Rente vorbehalten. Wir wollen keine Verdrängung von Menschen mit geringem Einkommen aus dem Stadtteil. Es ist unsere Pflicht, auch Obdachlosen ein würdevolles Leben zurückzugeben.

Wir fordern die ausreichende finanzielle Versorgung der Jugendeinrichtungen. Gute Jugendarbeit braucht vor allem gutes Personal. Dafür müssen mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden. Wir unterstützen eine erfolgreiche Umsetzung des Jugendfreizeitheimes der Oberschule Roter Sand.

Damit sich die Jugendlichen aktiv einbringen können, unterstützt DIE LINKE die Gründung eines Jugendbeirats oder ähnlichen Beteiligungsprojektes, das eigene finanzielle Mittel erhalten muss.

Migration sehen wir nicht als ein Problem, sondern als eine Chance, unsere Gesellschaft vielfältiger aussehen

zu lassen. Dabei sind Toleranz und ein gegenseitiges Verständnis die Voraussetzung für ein soziales und kulturelles Miteinander. Um die gesellschaftliche Teilhabe von Zuwanderern zu fördern und sie in die Entwicklung des Stadtteils einzubeziehen, sind Beteiligungsangebote, wie die Einrichtung von Begegnungsorten, Durchführung von Stadtteilsten oder Förderung von Nachbarschaften, nötig.

DIE LINKE fordert eine rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung aller Migrantinnen und Migranten um eine gleichberechtigte Teilhabe am politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben in unserem Stadtteil zu ermöglichen.

Keinen Meter den Nazis

Andere Ethnien bereichern mit ihren Kulturen und Bräuchen unser Land, sie lassen alles bunter aussehen. Nazis und Rechtspopulisten wollen uns weismachen, dass die »Ausländer« an den Problemen in unserer Gesellschaft schuld seien oder unser arbeitsloser Nachbar. Wir lassen uns nicht spalten in Deutsche und Migrantinnen und Migranten und in Leute mit und ohne Arbeit!

DIE LINKE steht ein

- gegen Rassismus
- gegen Sexismus
- gegen soziale Spaltung.

Für die Bürgerschaft und den Beirat: Keine Stimme für die AfD und andere rechtsradikale Parteien!

Umwelt und Verkehr

DIE LINKE steht für die Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer.

Wir fordern:

- die Beseitigung aller im Schulwegeplan des ADFC ausgewiesenen Gefahrenstellen
- mehr Tempo 30 Strecken. Für mehr Sicherheit, Umwelt- und Lärmschutz
- einen Netzplan oder Wegmöglichkeiten für LKWs, um in unserem Stadtteil für mehr Sicherheit und Ruhe zu sorgen
- eine Weiterführung der Fährverbindung in unserem Stadtteil und eine Ausweitung der Fahrzeiten und Strecke.

Gut funktionierender öffentlicher Nahverkehr ist genauso wichtig, wie risikolose Wege zu Schulen und Kindertagesstätten.

Bürgerbeteiligung, Demokratie, Kommunalpolitik

Wir fordern die Stärkung der Beiräte, weg von reinen Verwaltungsausschüssen hin zu echten Kommunalparlamenten mit wirklicher Entscheidungsbefugnis. Wir finden es toll, wenn Menschen aktiv werden und sich für ihre Interessen einsetzen.

Die Stadtteile sind der Ort, wo die Menschen sich überwiegend aufhalten. Gerade in den Quartieren besteht die Chance der direkten Mitgestaltung des Lebensumfeldes durch die Bürgerinnen und Bürger, wie die in einzelnen Stadtteilen bestehenden WiN-Foren deutlich aufzeigen. In diesen Gremien artikulieren die Bürgerinnen und Bürger selbstständig ihre Interessen, diskutieren und setzen sie anschließend gemeinsam solidarisch um.

Aufbau von Stadtteilforen nach dem Vorbild der WiN-Gruppen

Beiräte sollen investive Mittel für ihren Stadtteil erhalten und über einen Beteiligungsprozess einen sogenannten Beteiligungshaushalt organisieren. Die Bürgerinnen und Bürger kümmern sich somit eigenverantwortlich um die Verbesserung alltäglicher Wohn- und Lebensbedingungen in ihren Quartieren. Dafür sind auch personelle Ressourcen durch die Stadtgemeinde bereitzustellen. BIDs lehnt DIE LINKE aufgrund undemokratischer Strukturen ab.

Wahl und Abwahl der Ortsamtsleitungen

Die Amtszeit der Ortsamtsleitungen soll auf sieben Jahre verkürzt werden und auch die Möglichkeit der Abwahl vorsehen.

Bereitstellung von Ressourcen für Volksentscheide

Fehlende Finanzmittel dürfen nicht dazu führen, dass Volksentscheide scheitern. Er erfordert die Bereitstellung eines Mindestmaßes an Ressourcen – sowohl für die Ausgestaltung des Beteiligungs-